

LOKALES NIDDA

📅 Mittwoch, 25.09.2019 - 23:00 ⌚ 3 min

Nidda: Keine Umgestaltung der Kreisel an den Ortseingängen

Niddas Stadtverordnete haben einen Beschluss aufgehoben, weil die Umgestaltung zweier Kreisverkehre in der Innenstadt zu teuer ist. Dort sollten Wappenbeete angelegt werden.

Von *sw*



NIDDA - Der geplante Bau einer neuen Sporthalle stand im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung der Niddaer Stadtverordneten am Dienstagabend im Kernstadt-Bürgerhaus. Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, um für das städtische Grundstück am Schwimmbad sowie des angrenzenden Rasensportplatzes das Bauleitplanverfahren einzuleiten. Jürgen Heldt erklärte für die Fraktion, dass neben dem Neubau einer Sporthalle auch ein eventueller Bau

eines Sportbades berücksichtigt werden sollte. Es bestehe zwischen dem Wetteraukreis und der Stadt Nidda Einigkeit, das Projekt an dem neuen Standort am Schwimmbad forcieren zu wollen.

Zur Realisierung sei, so Heldt, die Aufstellung eines Bebauungsplanes notwendig. Die Einleitung des Verfahrens sei Ziel des SPD-Antrags. "Da der Wetteraukreis die Umsetzung des Sporthallenneubaus schon für 2022 und 2023 vorgesehen hat, besteht aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf", betonte Heldt.

Bürgermeister Hans-Peter Seum teilte hingegen mit, dass der Standort auf der Fläche der alten Sporthalle noch nicht vom Tisch sei. "Es sind weiterhin zwei Alternativen möglich. Daher macht die Einleitung einer Bauleitplanung noch keinen Sinn." Ablehnung signalisierten auch die Sprecher von CDU, Bürger-Liste (BL) und den Grünen. Bernd Schoeps (BL) und Marcus Stadler (Grüne) kritisierten die "mangelnde Sinnhaftigkeit" des Antrages. Erst wenn der Standort endgültig feststehe, sollte ein Bauleitplan aufgestellt werden. Dies würden Verwaltung und Magistrat zu gegebener Zeit selbst in Angriff nehmen", so Schoeps. "In der jetzigen Situation wissen wir nicht, was kommt. Da macht die Einleitung der Leitplanung keinen Sinn", sagte Stadler. CDU-Sprecherin Jaqueline Reichhold bezeichnete den von der SPD ins Spiel gebrachten Platz als "Alternative, die im Gespräch ist. Aber es gibt noch nichts Handfestes, was wann wie errichtet werden soll". Die Sozialdemokraten wollten wohl ein Zeichen setzen, dass ihre Fraktion den "ersten Stein" gelegt habe, kritisierte Reichhold. Sie forderte die SPD auf, "weiter an dem Tisch aller Fraktionen und der Stadt zu bleiben, um dieses Projekt voranzutreiben". Nach einer von Bürgermeister Seum beantragten Sitzungsunterbrechung zog der SPD-Fraktionsvorsitzende Stefan Knoche den Antrag zurück.

"Landlust"

Auf breite Zustimmung stieß ein weiterer SPD-Antrag, junge Familien beim Erwerb von städtischem Wohnraum finanziell zu unterstützen. "Wir erhoffen uns von einer derartigen Förderung, den Leerstand bei älteren Bestandsimmobilien, insbesondere in den Stadtteilen, zu beseitigen", betonte Knoche. Es gebe wieder eine Option auf "Landlust". Rückkehrer, insbesondere junge Familien mit Kindern, würden wieder mehr Naturnähe und soziales Miteinander suchen. "Das finden sie in unseren Stadtteilen", so der Fraktionsvorsitzende. Knoche erinnerte an die

Förderung beim Kauf von Bauland. "Seit 2011 hat die Stadt 43 Familien mit rund 410 000 Euro gefördert." Die Unterstützung beim Erwerb von Altbauten nach dem Motto "Jung kauft Alt" sei eine echte Investition in die Zukunft der Dorfgemeinschaften.

Grünen-Sprecher Stadler begrüßte den Antrag. "Das ist jetzt der richtige Zeitpunkt. Der Trend weg von der Urbanisierung ist auch vor dem Hintergrund des Klimawandels zu sehen. In Dörfern ist es kühler als in den Städten." Stadler schlug vor, den Antrag um eine Abrissprämie für Bauten aus den 60er- und 70er- Jahren zu erweitern und auch das Bauen "in der zweiten Reihe", zum Beispiel auf großen Hofreiten, zu fördern. Bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Bürger-Liste wurde dieser SPD-Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Bei einer Gegenstimme aus der CDU-Fraktion wurde auch der Antrag der Grünen befürwortet. Demnach soll sich die Stadt um die Aufnahme in den Wettbewerb "100 wilde Bäche für Hessen" des Hessischen Umwelt- und Klimaschutzministeriums bemühen. Das Renaturierungsprogramm diene der Artenvielfalt und dem Hochwasserschutz und helfe, die Folgen des Klimawandels abzumildern, führte Stadler aus. Auch aus touristischer Sicht sei es begrüßenswert. Alle Kosten würden vom Land zu 95 Prozent gefördert.

Vom Tisch hingegen ist die Umgestaltung der beiden Kreisverkehre an den Ortseingängen der Kernstadt. Die SPD-Fraktion hatte Ende April beantragt, diese mit sogenannten "Wappenbeeten" neu zu gestalten. In einer den Stadtverordneten vorgelegten Stellungnahme geht die Fachabteilung der Verwaltung von mindestens 80 000 Euro Kosten für die Umgestaltung und das erste Pflegejahr aus und für die Folgejahre jeweils von etwa 10 000 Euro. Wie schon der Magistrat und der Ausschuss für Bauen, Planen, Klimaschutz, Umwelt sowie Land- und Forstwirtschaft hoben die Stadtverordneten den Beschluss zur Umgestaltung als "nicht umsetzbar" auf. Thomas Herz von der Linken-Fraktion und acht SPD-Vertreter enthielten sich der Stimme.